

## **Stadtverwaltung Allendorf (Lumda)**

**Bahnhofstraße 14**

**35469 Allendorf (Lumda)**

### **Protokoll der 15. öffentlichen Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses**

**Sitzungstermin:** Montag, den 02.09.2019

**Sitzungsbeginn:** 19:00 Uhr

**Sitzungsende:** 19:55 Uhr

**Ort, Raum:** großer Sitzungssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 14

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses, Herr Ralf Hofmann, eröffnet die 15. Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Ladung und die Tagesordnung ordnungsgemäß zugestellt wurden und der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss mit vier anwesenden Mitgliedern beschlussfähig ist. Ab 19:10 Uhr (Frau Henneberg) und ab 19:35 Uhr (Herr Erbach) ist der Ausschuss mit fünf bzw. sechs Mitgliedern beschlussfähig vertreten.

Herr Ausschussvorsitzender Hofmann schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 3 (211. Vergleichende Prüfung "Haushaltsstruktur 2018) als ersten TOP zu behandeln. Gegen die Tagesordnung erheben sich keine Einwände. Sie gilt somit als beschlossen.

---

Gegen das Protokoll der letzten Sitzung vom 11.03.2019 wurden Einwände vorgebracht, die unter dem TOP 2 zu beschließen sind.

---

### **Tagesordnung**

#### **der 15. öffentlichen Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses am 02.09.2019**

TOP 1: 211. Vergleichende Prüfung "Haushaltsstruktur 2018: Interkommunale Zusammenarbeit"; Bekanntgabe des Schlussberichtes gemäß § 6 des Gesetzes zur Regelung der überörtlichen Prüfung kommunaler Körperschaften in Hessen (ÜPKKG)  
hier: Beratung und Beschlussempfehlung  
Vorlage: 20/242/2019

- TOP 2: Widerspruch gegen das Protokoll der Sitzung vom 11.03.2019  
hier: Beratung und Beschlussfassung
- TOP 3: Aufhebung Haushaltssperrvermerke 2019 Kindertagesstätten  
Allendorf und Nordeck (Außenanlage)  
hier: Beratung und Beschlussfassung
- TOP 4: Anfragen und Mitteilungen

- 
- TOP 1: 211. Vergleichende Prüfung "Haushaltsstruktur 2018: Interkommunale Zusammenarbeit"; Bekanntgabe des Schlussberichtes gemäß § 6 des Gesetzes zur Regelung der überörtlichen Prüfung kommunaler Körperschaften in Hessen (ÜPKKG)  
hier: Beratung und Beschlussempfehlung  
Vorlage: 20/242/2019**

Herr Rausch erläutert die wesentlichen Eckpunkte des Prüfberichtes. Neben der Analyse der Haushaltsstruktur wurden ausgewählte wirtschaftliche Aufgabenbereiche untersucht. Ergänzend erfolgte ein Benchmarking wichtiger Parameter der Haushaltswirtschaft. Hierzu wurde u. a. festgestellt bzw. empfohlen, die Gebühren für den Bereich der Friedhofsverwaltung im Hinblick auf eine kostendeckende Ausgestaltung neu zu kalkulieren. Ebenso wurde empfohlen, die Gebühren der Kindertagesstätten neu zu kalkulieren.

Seitens der Stadt werden derzeit Angebote zur Friedhofskalkulation eingeholt. Aufgrund der fehlenden Haushaltsmittel wurde die Neukalkulation der Gebühren für die Kindertagesstätten auf das nächste Jahr verschoben.

Im wirtschaftlich bedeutensten Bereich der Wasserversorgung bzw. Abwasserentsorgung erfolgt eine periodengerechte Vor- und Nachkalkulation der Gebühren für Wassergeld, Schmutz- und für Niederschlagswasser. Festgestellte Gebührenüberdeckungen werden dabei im Rahmen von Sonderposten auf die nächste Gebührenkalkulationsperiode vorgetragen und dann gebührenmindernd in der nächsten Kalkulationsperiode berücksichtigt.

Ein Schwerpunkt der Landesrechnungshofprüfung bildet der Bereich der Interkommunalen Zusammenarbeit. Hier wurde der Status Quo ermittelt und entsprechende rechnerische Synergieeffekte (Einsparpotenziale) bei einer Vertiefung der IKZ - insbesondere im Verwaltungsbereich - aufgezeichnet. Insofern wurde der Stadt empfohlen, zumindest den Weg der IKZ verstärkt zu beschreiten.

Vertiefend wurden die weiteren Möglichkeiten der IKZ im Hinblick auf eine Gemeindefusion untersucht. Insbesondere auf die Stärkung der Finanzkraft aufgrund der vergrößerten Einwohnerzahl und weiterer Synergieeffekte (u. a. zusätzlichen

Entschuldungshilfen des Landes) wurde hingewiesen.

Die Stadt betreibt bereits vielfältige Interkommunale Zusammenarbeiten (u. a. Bauhof, Feuerwehr, Fortswirtschaft und Verwaltung). Sie ist bestrebt, den Ausbau konstruktiv weiter voranzutreiben (u. a. Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26.08. zur IKZ im Bereich der Kläranlage). Auch hat sich aus den Erfahrungen der Vergangenheit gezeigt, dass die IKZ immer einer genauen Prüfung bedarf, um die gewünschten Synergieeffekte tatsächlich zu erhalten. Ein Einspar-Automatismus durch eine IKZ gibt es insbesondere aus den Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit nicht.

Frau Henneberg nimmt ab 19:10 Uhr an der Beratung dieses Tagesordnungspunktes teil.

**Beschlussempfehlung:**

Der HFA empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, den Prüfbericht zur Kenntnis zu nehmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig.

---

**TOP 2: Widerspruch gegen das Protokoll der Sitzung vom 11.03.2019  
hier: Beratung und Beschlussfassung**

Gemäß dem Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sollen die nachfolgenden Beschlussfassungen im Protokoll der letzten Sitzung vom 11.03.2019 berichtigt werden. Der ursprünglichen Protokollierung lagen entsprechende Übertragungsfehler zugrunde.

**Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss beschließt die Berichtigung der Beschlussfassung des Protokolls vom 11.03.2019 wie folgt:

***Produkt 3.6.5.10, Zeile 15 (Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse): Tageseinrichtungen für Kinder***

**Beschlussgrundlage:**

*Verwaltungsvorlage-Nr. 20/237/209/4 vom 07.03.2019.*

**Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:**

*Die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse für den Betrieb einer weiteren Notgruppe um 99.050,00 € zu erhöhen.*

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 5  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 1 Bündnis 90 / Die Grünen

*Die Beschlussempfehlung ist einstimmig angenommen.*

**Gesamtbeschlussempfehlung:**

*Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungsanträge sowie der noch durchzuführenden Neuberechnung der Hebesätze,*

- *die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen für das Haushaltsjahr 2019 zu beschließen,*
  - *die Kenntnisnahme der Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2019 bis 2022 und das zugrundeliegende Investitionsprogramm gemäß § 101 HGO zu beschließen,*
- sowie*
- *gemäß § 92 Abs. 4 HGO zum Haushalt 2019, die vorliegende 13. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes der Stadt Allendorf (Lumda) zu beschließen.*

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 4 FW – SPD - BFA / FDP  
Nein-Stimmen: 2 Bündnis 90 / Die Grünen - CDU  
Enthaltung: 0

*Mehrheitlich beschlossen.*

Im Übrigen gilt das Protokoll als beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Es besteht Einvernehmen, die berichtigte Beschlussfassung zum Protokoll zu übernehmen. Im Übrigen gilt das Protokoll als genehmigt.

---

**TOP 3: Aufhebung Haushaltssperrvermerke 2019 Kindertagesstätten  
Allendorf und Nordeck (Außenanlage)  
hier: Beratung und Beschlussfassung**

Herr Erbach nimmt ab dem TOP 3 (ab 19:35 Uhr) an den Beratungen des Ausschusses teil.

Seitens des Magistrates wird darauf hingewiesen, dass vor Erweiterungsbeginn der Kindertagesstätte in Allendorf (Lumda) im Frühjahr 2020 zunächst die Außenanlage im vorderen Bereich der Kindertagesstätte hergerichtet werden muss.

Da nach Zuschussbewilligung des Anbaues an der vorhandenen KiTa in Allendorf unverzüglich mit dem Erweiterungsbau begonnen werden muss, besteht hier ein enger Zeitrahmen, der keine größeren Verzögerungen duldet.

Seitens des Ausschusses wird die Dringlichkeit anerkannt. Allerdings soll durch die Architektin in der nächsten Bauausschusssitzung am 09.09. bzw. in der nächsten Stadtverordnetensitzung am 16.09.2019 die Ausbauplanung vorgestellt werden.

Gleichfalls wird darum gebeten, vorhandenen Planungsunterlagen dem Protokoll beizufügen. Herr Bürgermeister Benz sichert dies dem Ausschuss zu.

**Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss beschließt die Aufhebung der Haushaltssperrvermerke zum Haushaltsplan 2019.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig.

---

**TOP 4: Anfragen und Mitteilungen**

**Mitteilungen:**

Herr Bürgermeister Benz teilt mit, dass die vollständigen Antragsunterlagen zum Erweiterungsbau an die KiTa in Allendorf in der vorletzten Woche abgegeben wurden. Es wird ein Zuschuss in Höhe von insgesamt 500 T€ erwartet.

## Anfragen:

Herr Schmidt möchte wissen, ob es seitens des Magistrates bereits Pläne zur im nächsten Jahr anstehenden 650-Jahre-Feier der Stadt gibt.

Herr Bürgermeister Benz antwortet hierauf, dass bereits Vorschläge gemacht wurden, aber konkrete Pläne derzeit noch nicht bestehen. Denkbar sei beispielsweise den Sonntag der Allendorfer Kirmes für die Feierlichkeiten / für einen Festumzug zu nutzen. Hierzu bedarf es aber noch genauer Absprachen mit der Allendorfer Burschenschaft.

Herr Schmidt bezieht sich auf einen Presseartikel einer hiesigen Zeitung vom 28.08.2019, dass im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements „Demokratie leben“ wohl auch Allendorfer Projekte gefördert wurden. Er möchte hierzu wissen, wo diese Maßnahmen im Haushalt veranschlagt wurden. Herr Bürgermeister Benz verneint die Veranschlagung im städtischen Haushalt, da die gewährten Projektförderungen durch den örtlichen Heimat- und Verkehrsverein beantragt und auch abgewickelt wurden. Der städtische Haushalt war hiervon somit nicht betroffen.

Frau Treuz bittet um Auskunft, welche Auswirkungen das Programm der Landesregierung „Starke Heimat Hessen“ auf Allendorf voraussichtlich haben wird.

Herr Rausch verweist darauf, dass mit der Gewerbesteuerumlage Bund und Land am Aufkommen der Gemeinden aus der Gewerbesteuer beteiligt werden. Ab 2020 wird diese Umlage allerdings sinken – so sieht es zumindest das Gemeindefinanzreformgesetz (GFRG) des Bundes vor. Die hessische Landesregierung favorisiert seit Längerem eine Beibehaltung der Gewerbesteuerumlage in bisheriger Höhe auch nach 2019 und hat das Programm „Starke Heimat Hessen“ in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht. Statt einer Entlastung um 29 Vervielfältigerpunkte ergibt sich mit dem gesetzlichen Eingriff des Landes nunmehr ein Selbstbehalt von 7,25 Punkten. Die restliche Entlastung wird das Land über die Heimatumlage einsammeln. Zwei Drittel dieser Entlastung würden projektezogen ausgeschüttet, ein Drittel als erhöhte Schlüsselzuweisung den Kommunen zufließen. Ob sich hierdurch die Stadt besserstellt, kann derzeit nicht gesagt werden, da es davon abhängen wird, wieviel Geld im Rahmen der projektbezogenen Förderung generiert werden kann. Besonders kritisch bleibt auf alle Fälle der weiter ansteigende hohe Verwaltungsaufwand für Antragstellung und Verwendungsnachweisführung für eigentlich den Kommunen originär zustehende Erträge anzumerken.

Frau Treuz fragt an, wieviele Kinder derzeit in der neu eingerichteten Notgruppe betreut werden und bittet, diese dem Protokoll beizufügen. Frau Fricke teilt mit, dass zurzeit fünf Kinder in der Gruppe betreut werden.

Herr Stein bittet darum, die seit längerem fehlende Übersicht über die aktuelle Besetzung der städtischen Gremien auf der Homepage der Stadt wieder einzustellen.

**Allendorf (Lumda), den 05.09.19**

**gez. Hofmann**

**(Stadtverordneter  
Ralf Hofmann)  
Vorsitzende(r)**

**Rausch**

**(Leiter Fachbereich Finanzen  
Jürgen Rausch)  
Schriftführer**

## Anwesenheitsliste

### **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN :**

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Sandra Henneberg

### **CDU-Fraktion :**

Herr Stadtverordneter Marcel Schmidt

### **FWG-Fraktion :**

Herr Stadtverordneter Ralf Hofmann  
Herr Stadtverordneter Alexander Zientek

### **SPD-Fraktion :**

Herr Stadtverordneter Karlheinz Erbach

### **BFA/FDP-Fraktion :**

Frau Stadtverordnete Brunhilde Trenz

### **Magistrat :**

Herr Bürgermeister Thomas Benz  
Herr Stadtrat Reinhard Gröb  
Herr Stadtrat Reiner Placzko  
Herr 1. Stadtrat Udo Schomber

### **Stadtverordnete :**

Herr Stadtverordneter Thomas Stein

### **Verwaltung :**

Herr Leiter Fachbereich Finanzen Jürgen Rausch

### **entschuldigt fehlten:**

### **SPD-Fraktion :**

Herr Stadtverordneter Apala-Raphael Omokoko

### **Magistrat :**

Frau Stadträtin Petra Sommerlad  
Herr Stadtrat Konrad Stelzenbach

### **Fraktionsvorsitzender :**

Herr Stadtverordneter Reiner Käs  
Herr Stadtverordneter Ulrich Krieb